

Die Europapolitik Konrad Adenauers  
und die Herausforderungen des Einigungsprozesses heute

# „Europa muss geschaffen werden“

**Hans-Gert Pöttering**

Konrad Adenauers europapolitische Zielsetzung lässt sich in einem Satz zusammenfassen, den er in seinem kölschen Dialekt für jedermann eingängig formulierte: „Europa muss jeschaffen werden.“ Hinter diesem Satz Adenauers standen die Erfahrung zweier Weltkriege und die von ihm als Rheinländer besonders schmerzlich empfundene „Erbfeindschaft“ mit Frankreich. Frieden und Freiheit zu schaffen, den Grenzen ihren trennenden Charakter zu nehmen und Aussöhnung der Gegner von gestern zu erreichen war nur durch das einigende Band der europäischen Integration möglich. Vor einem Deutschland als Mitglied der europäischen Familie brauchte sich darüber hinaus kein Nachbar zu fürchten. Für Adenauer war Europa in der Perspektive mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Es war eine Union von Staaten, die das gemeinsame Ziel verband, die politische Einigung durch Überwindung der historischen Konflikte voranzutreiben. Als er am 15. Oktober 1963 im Alter von 87 Jahren von seinem Amt zurücktrat, hatte er für das wirtschaftlich und moralisch am Boden liegende Nachkriegsdeutschland innen- und außenpolitisch den Weg in eine bessere und friedlichere Zukunft geebnet.

Blicken wir dieser Tage anlässlich seines 125. Geburtstages am 5. Januar 2001 auf sein politisches Lebenswerk zurück, so müssen wir anerkennen: Adenauer hat die Position und das Ansehen Deutschlands in Europa und der Welt durch seine Europapolitik entscheidend geprägt. Sowohl die deutsche Einheit als auch das Gewicht Deutschlands in Europa wären ohne seinen politischen Pragmatismus, seine Geduld, seine Ausdauer und seine Berechenbarkeit für die Nachbarstaaten nicht vorstellbar. Bis in die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts war die Außenpolitik in Europa geprägt von Mächtekoalitionen und Gegenkoalitionen, von Gewalt und Gegengewalt. Adenauer, in der Gründerzeit des neunzehnten Jahrhunderts geboren, war diesem Politikverständnis weit voraus. Er verfügte über eingewachsenes europapolitisches Interesse, das nicht erst als Konsequenz aus den Folgen entstanden war, die der Zweite Weltkrieg für Deutschland hatte. Auffallend waren seine große Offenheit für moderne europäische Lösungen und seine bemerkenswerte Entschlossenheit, mit der er auf eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen den westeuropäischen Demokratien drängte. Bereits auf der Eröffnungsfeier der

Kölner Universität 1919 vertrat er den Standpunkt, es sei „das hohe Werk dauernder Völkerversöhnung und Völkergemeinschaft zum Heile Europas zu fördern“. Als Oberbürgermeister von Köln erhoffte sich Adenauer in den frühen zwanziger Jahren von der Bildung einer von Preußen getrennten „Westdeutschen Republik“ innerhalb des deutschen Reiches eine Entschärfung des in den Jahren 1919/1920 und 1923/1924 zugespitzten deutsch-französischen Konfliktes und eine Befriedigung des französischen Sicherheitsbedürfnisses. Schon damals war er der Überzeugung, dass die dauerhafte europäische Einigung nur auf der Grundlage einer deutsch-französischen Freundschaft und der Verbindung beider Wirtschaftspotenziale stattfinden könnte. Aus dieser Verflechtung sollten nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gemeinsame politische Interessen erwachsen.

Adenauer hatte den Mut, seine Gedanken über ein geeintes Europa zu einer Zeit zu artikulieren, als diese keineswegs so populär waren wie heute. Und er blieb ihnen treu. Als er im März 1946 in seinen programmatischen Erklärungen von den „Vereinigten Staaten von Europa“ sprach, hatte die Idee des europäischen Zusammenschlusses jedoch eine neue Dimension bekommen. Neben der Lösung des Problems der Neugestaltung der deutsch-französischen Beziehungen war sie für ihn zum Symbol für die Abwehr der sowjetischen Einflussnahme und der damit zusammenhängenden deutschen Frage geworden.

### **Das europapolitische Konzept**

Ende der vierziger Jahre waren die Franzosen mit ihrer Deutschlandpolitik – Sicherheit vor Deutschland durch seine politische und wirtschaftliche Schwächung – endgül-

tig gescheitert. Der gemeinsame Weg der West-Alliierten lautete nun: Kontrolle Deutschlands durch wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau und Integration in feste und dauerhafte Institutionen. Das von den Alliierten 1949 in Kraft gesetzte Besatzungsstatut regelte das Verhältnis der Hoheitsgewalt zwischen den drei westlichen Besatzungsmächten und der Bundesrepublik unter dem neuen Kanzler Konrad Adenauer. Dem westdeutschen Kernstaat wurde die souveräne Ausübung wesentlicher innen- und insbesondere außenpolitischer Hoheitsrechte verwehrt. Ein enger Rahmen also, der Adenauer für seine außenpolitische Tätigkeit gesteckt wurde. Vor diesem Hintergrund galt es nun, die äußere Sicherheit, Souveränität und Gleichberechtigung der Bundesrepublik Deutschland wiederzuerlangen. Nach Adenauers Vorstellung konnte das nur durch eine verstärkte Einbindung der Bundesrepublik in Westeuropa funktionieren. Diese Einbindung sollte zugleich die Einigung der Siegermächte auf dem Rücken Deutschlands verhindern, die in den Jahren 1949 bis 1954 zu den Sorgen des Kanzlers gehörte und sein Handeln bestimmte.

Adenauers Ziel war es, gemeinsam mit den westlichen Siegermächten eine Politik in Gang zu setzen, die die Bundesrepublik aus der bestehenden Abhängigkeit heraus schrittweise zu mehr staatlicher Gleichberechtigung führen sollte. Dazu gehörte, sie schnellstmöglich auf der Grundlage wieder gewonnener Freiheit in internationalen Organisationen zu verankern und auf diesem Wege eine gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessenlage herbeizuführen. Adenauer war klar, dass dies nur durch die Aussöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern in Ost und West, vor allem mit Frankreich, geschehen konnte. Obers-

tes Gebot jeglichen außenpolitischen Handelns war die Rückgewinnung des Vertrauens der Nachbarn. Daher war Adenauer zu einer Politik der Zugeständnisse und Vorleistungen bereit, auch wenn sie zunächst nicht ohne Demütigungen seitens der Alliierten erfolgte. Er hoffte, die Praxis würde die Grundlage für eine echte Partnerschaft mit den Westmächten schaffen und die Souveränität der Bundesrepublik herbeiführen. Und diese Hoffnung war, wie sich später herausstellen sollte, berechtigt.

Der erste Schritt Adenauers in diesem Sinne war der Beitritt Deutschlands zur Internationalen Ruhrbehörde. Dies bedeutete die vorbehaltlose Mitarbeit der Bundesrepublik und die Anerkennung ihrer Abhängigkeit in der durch das Statut bestimmten Form. Adenauer setzte sich für den Beitritt ein, obwohl die Bundesrepublik dadurch die alliierte Kontrolle über die Ruhrindustrie anerkannte. Im Gegenzug machten die Alliierten Zugeständnisse. Die Demontage wurde begrenzt, die dem deutschen Schiffbau auferlegten Beschränkungen gelockert und die schrittweise Wiederaufnahme der konsularischen Beziehungen durch die Alliierten angekündigt. Das Ergebnis wurde im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 festgeschrieben.

Adenauers Rechnung ging auf. Knapp drei Jahre später, am 25. Juli 1952, dem Tag des Inkrafttretens des Vertrages über die Montanunion, wurden das Ruhrstatut sowie jegliche alliierte Kontrolle im Montanbereich aufgehoben und die Internationale Behörde aufgelöst. Ähnliches ergab sich bei den Verhandlungen zum Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat. Am 30. März 1950 erhielt die Bundesregierung die Einladung, assoziiertes, nicht gleichberechtigtes Mitglied zu werden. Adenauer ging davon aus, dass die Alliierten diese Diskriminierung

nur für relativ kurze Zeit aufrechterhalten wollten, vorausgesetzt, die Bundesrepublik zeigte ihre Bereitschaft zur europäischen Zusammenarbeit. Am 15. Juni beschloss der Bundestag den Beitritt zum Europarat, nachdem Adenauer zuvor die Regierung mit einer Denkschrift davon überzeugt hatte. Im August 1950 wurde die Bundesrepublik assoziiertes, kurz darauf am 5. Mai 1951 vollberechtigtes Mitglied des Europarates.

Am 9. Mai 1950 verkündete der französische Außenminister Robert Schuman den nach ihm benannten Plan, eine europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu schaffen. Das Vertrauen der Franzosen in die bestehenden alliierten Kontrollmechanismen gegenüber Deutschland war nicht besonders groß. Deshalb suchten sie nach neuen Wegen zur Kontrolle der westdeutschen Montanindustrie. Adenauer stimmte dem französischen Vorschlag vorbehaltlos zu. Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zwischen Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, den Benelux-Staaten und Italien wurde am 18. März 1951 unterzeichnet. Adenauer wurde zusammen mit Robert Schuman und Alcide de Gasperi zum Initiator einer Entwicklung, die 1957 zunächst in die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mündete und die Grundlage bildete für eine Entwicklung in Richtung der Europäischen Union unserer Tage.

Einen empfindlichen Rückschlag erlitt Adenauer durch das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in der französischen Nationalversammlung am 30. August 1954. Am 24. Oktober 1950 hatte der französische Ministerpräsident René Pleven die Schaffung einer europäischen Armee unter einem europäischen

Verteidigungsminister, eine Art Schuman-Plan auf dem Verteidigungssektor, vorschlagen. Frankreich wollte damit vor allem den Beginn der deutschen Wiederbewaffnung verzögern sowie die Aufstellung deutscher Divisionen und deren Integration in die NATO verhindern. So enthielt der Pleven-Plan auch eine Reihe von Diskriminierungen. Grundsätzlich war vorgesehen, die Kontingente der Teilnehmerstaaten auf der Ebene der kleinstmöglichen Einheit in die europäische Armee einzugliedern. Nur die deutschen Truppen sollten durch einen Europäischen Hochkommissar rekrutiert werden. Darüber hinaus wurde allen mit Ausnahme der Deutschen zugestanden, den Generalstab sowie die Verteidigungsminister beizubehalten. Adenauer stimmte dem Pleven-Plan prinzipiell zu, allerdings unter der Bedingung völliger Gleichberechtigung der Bundesrepublik. Diese Souveränität sollte der Deutschlandvertrag vom Mai 1952 der Bundesrepublik bringen, dessen Wirksamkeit vom Inkrafttreten des EVG-Vertrages abhängig gemacht wurde.

### Größte Enttäuschung

Am 27. Mai 1952 unterzeichneten die Außenminister der sechs Staaten der EGKS den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Dennoch scheiterte die EVG am 30. August 1954 am Willen der Franzosen. Dafür, dass die französische Nationalversammlung nicht bereit war, den Vertrag zu ratifizieren, und damit das ganze Projekt der europäischen Armee ausgezeichnet von dem Land gekippt wurde, das zunächst als entschiedenster Befürworter dieser Idee aufgetreten war, gab es einige Gründe. Ein gewichtiger war sicherlich, dass Großbritannien nicht zu den Teilnehmerstaaten der EVG gehörte. Damit wäre

die Bundesrepublik Deutschland neben Frankreich zur stärksten Macht in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft geworden.

Zwar wurde mit den Pariser Verträgen, die bereits kurze Zeit später, am 23. Oktober 1954, in der französischen Hauptstadt von den beteiligten westlichen Staaten unterzeichnet wurden, die Besatzungsherrschaft über den westlichen Teil Deutschlands beendet und die Grundlage für die Einbeziehung der Bundesrepublik in die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO) geschaffen. Für Adenauer aber gehörte das Scheitern der EVG und die Tatsache, dass damit der Plan einer politischen Union zunächst aufgegeben wurde, nach eigenen Worten zu den „größten Enttäuschungen seiner Kanzlerschaft“. Wie weit reichend die Folgen des Scheiterns tatsächlich waren, verdeutlicht die Tatsache, dass der Gedanke an eine europäische Armee in Form einer Eingreiftruppe mit einer Stärke von 60 000 Mann erst in unseren Tagen Wirklichkeit wird.

Für seine Bereitschaft, gerade diejenigen Projekte zu forcieren, die schon dem äußeren Anschein nach bloße Instrumente französischer Hegemonial- und Sicherheitspolitik waren, wurde Adenauer im Parlament immer wieder heftig kritisiert. Dass der „Erbe“ Frankreich nach einigen Jahren tatsächlich zu einer Außenpolitik der Verständigung und partnerschaftlichen europäischen Zusammenarbeit bereit sein würde, wurde damals von der Opposition stark bezweifelt.

So klar Adenauer das Ziel einer möglichst engen Zusammenarbeit der europäischen Staaten verfolgte, so indifferent war jedoch seine Haltung hinsichtlich der Schaffung europäischer Institutionen. Zwar betonte er in der Kabinettsrichtlinie vom 19. Januar

## „Europa muss geschaffen werden“

1956, es gelte, eine Gemeinschaft herbeizuführen, die die gleiche Richtung des politischen Willens und Handelns sichere. Man solle die Integration mit allen in Betracht kommenden Methoden fördern. Nach Möglichkeit solle man gemeinsame Institutionen schaffen, um eine feste Bindung herbeizuführen. Sie müssten so beschaffen sein, dass eine Weiterentwicklung gewährleistet sei. Doch Adenauer befürchtete auch das Entstehen eines Brüsseler Zentralismus. Oft kritisierte er die „Hyper-Europäer“, die zu rasch und zu schnell voranwollten. Schon bei den Verhandlungen, in denen es um die Errichtung einer europäischen politischen Gemeinschaft als Dach für die EVG ging, wandte er sich dagegen, einem Europäischen Parlament weit reichende Kompetenzen einzuräumen: Dafür sei es noch zu früh. Er wandte sich auch gegen das Recht des Parlaments, permanent zu tagen und sich mit allem und jedem zu befassen: Man könne das Europäische Parlament nicht direkt wählen lassen. Es gebe gar nicht genügend qualifizierte Parlamentarier. Die Entwicklung der achtziger Jahre hat er in dieser Hinsicht nicht vorausgesehen.

### Europa und die deutsche Einheit

Adenauers Europapolitik war besonders in den Jahren 1949 bis 1956 innenpolitisch stark umstritten. Blinder Antikommunismus und eine Europapolitik mit dem Kölner Dom als Zentrum wurden Adenauer vorgeworfen. Die außenpolitische Kontroverse über die Integrationspolitik führte vor allem der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, der ihm einen „Ausverkauf“ der Außenpolitik vorwarf. Schumacher war ein entschiedener Verfechter der deutschen Einheit, notfalls auch um den Preis der Neu-



Die Brücke zum Schloss. Zeichnung: Hartung

tralität Gesamtdeutschlands. Er glaubte, durch den Kurs der Westintegration und das Entstehen der westdeutschen Institutionen einerseits und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) andererseits würde die Konfrontation der beiden Blöcke zementiert und der Graben zwischen den drei Westzonen und der Ostzone immer tiefer. Adenauers Politik der Westintegration begriff er als Verzicht auf die Einheit. Das ehrliche Interesse an der Ostzone sprach er ihm ab, insbesondere nachdem er im Jahre 1952 den Vorschlag der Wiedervereinigung in einem blockfreien Status verworfen hatte. Adenauer ließ sich nicht irritieren. Ein wieder vereinigtes, neutralisiertes Deutschland hätte auf den Schutz durch ein internationales Sicherheitssystem verzichten müssen. Es drohte, zwischen den Blöcken zerrieben zu werden. Echte Neutralität setzte zudem die Fähigkeit zu militärischer Sicherung der

Die Karikatur ist der demnächst erscheinenden Geschichte der Ära Adenauer in Karikaturen entnommen: Karl-Joseph Hummel/Karlies Abmeier, Es bleibt alles beim Alten, Olzog München 2001.

eigenen Integrität voraus. Dies jedoch würde erneut zu außenpolitischen Irritationen führen und Instabilität für das heranwachsende europäische Staatengefüge bedeuten. Wenn also Wiedervereinigung, dann käme sie nur in einem festen europäischen Sicherheitsrahmen infrage.

„Keine deutsche Wiedervereinigung um den Preis der Neutralität“, diese Maxime Konrad Adenauers bestimmte die Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland auch in den folgenden Jahrzehnten. Seine Weitsicht in Bezug auf die Suche nach Sicherheit in einem Bündnis und die Einbettung der Bundesrepublik in der NATO waren Grundlage der Verhandlungen von Helmut Kohl und Michail Gorbatschow um die deutsche Einheit im Jahre 1990. Zwar stellte Gorbatschow die Wiedervereinigung Deutschlands zu diesem Zeitpunkt nicht mehr infrage, der Status des künftig geeinten Deutschland jedoch war zutiefst umstritten. Nach Gorbatschows Ansicht sollte Deutschland als Ganzes zwar formal der NATO angehören, faktisch aber nur mit dem Gebiet der alten Bundesrepublik. Die fünf neuen Bundesländer und Berlin sollten nicht unter dem Schutzhelm der NATO stehen. Helmut Kohl indessen lehnte ein Deutschland mit zwei Zonen unterschiedlicher Sicherheit ab. Die deutsche Teilung wäre so im Hinblick auf die NATO fortgesetzt worden. Außerdem hätte ein sicherheitspolitischer Sonderstatus Deutschlands die Bemühungen um eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik vernichtet und damit die europäische Einigungspolitik im Kern behindert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht. Kohl wollte bei den Partnern im Übrigen auch nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen, dass das wieder vereinigte Deutschland verteidigungs- und bündnispolitisch neue (Sonder-)Wege be-

schreiten wolle. Vor diesem Hintergrund kam für ihn bei den Verhandlungen im Kaukasus im Frühjahr 1990 auch nur eine volle Souveränität und uneingeschränkte NATO-Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands als Verhandlungsergebnis in Betracht. Heute können wir sagen, dass Helmut Kohl es war, der am Ende Konrad Adenauers Vorstellungen von der deutschen Einheit in einem sich einigenden Europa konsequent verwirklichte.

Für Adenauer war sein Bekenntnis zur Westintegration keineswegs eine Absage an den Osten Deutschlands und die Wiedervereinigung. Nachdem es aber keine kurzfristige Lösung der Deutschlandfrage zu geben schien, konnte es nur von Vorteil sein, erst einmal in Westeuropa eine neue Basis zu legen. Gegenüber der als bedrohlich empfundenen östlichen Großmacht Sowjetunion musste die Freiheit gesichert, das heißt für die Bundesrepublik eine Sicherheitslösung gefunden werden, um den westdeutschen Kernstaat gegen mögliche Übergriffe des kommunistischen Blocks zu schützen.

Adenauers Einschätzung, dass die Magnetwirkung der Freiheit und des geeinten Europa eine starke Sogkraft entwickeln und die sowjetische Politik langfristig schwächen würde, hat sich als zutreffend erwiesen. Eine Reihe von friedlichen Revolutionen hat das europäische Staatengefüge seither verändert, angefangen vom Aufstand der polnischen Werftarbeiter in Danzig zu Beginn der achtziger Jahre über die deutsche Einheit 1989/1990 bis hin zur Demokratisierung Jugoslawiens unserer Tage. Die Erweiterung der Europäischen Union um Staaten aus Mittel- und Osteuropa ist die logische Folge dieser historischen Veränderungen. Adenauer stellte bereits fest: „Auch nach Osten müssen wir blicken, wenn wir

an Europa denken. Zu Europa gehören Länder, die eine reiche europäische Vergangenheit haben. Auch ihnen muss die Möglichkeit des Beitritts gegeben werden. Europa muss groß sein, muss Kraft haben, muss Einfluss haben, um seine Interessen in der Weltpolitik zur Geltung bringen zu können.“ Sowie Adenauer die Aussöhnung mit Frankreich im Westen ein besonderes Anliegen war, ist unsere besondere Verpflichtung im Osten heute, Polen zügig in den europäischen Integrationsprozess einzubeziehen. Die Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa bedeutet nicht nur einen weiteren Ausbau des Friedens und der Sicherheit für uns wie für die Beitrittskandidaten. Sie bedeutet auch die Erhöhung des politischen und des wirtschaftlichen Gewichtes Europas im globalen Wettbewerb, eine Erweiterung und Stärkung des Binnenmarktes sowie historische Gerechtigkeit und daraus wachsende Solidarität.

### **Voraussetzungen der Erweiterung**

Nicht zuletzt im Gedenken an Konrad Adenauer ist es nun die vornehmste Aufgabe der mit 233 Abgeordneten stärksten Fraktion der Europäischen Volkspartei und der Europäischen Demokraten (EVP/ED) im Europäischen Parlament, ihren Beitrag dazu zu leisten, dass die Geschichte der Europäischen Union auch vor dem Hintergrund der anstehenden Erweiterung weiterhin eine Erfolgsgeschichte bleibt.

Damit die Kandidaten beitreten können, muss zunächst einmal die EU selbst erweiterungsfähig sein. Dazu bedarf es einer umfassenden inneren Reform. Der in diesem Monat stattfindende Gipfel in Nizza wird getragen von den Leitbegriffen Demokratie, Handlungsfähigkeit und Transparenz der

EU. Sein Erfolg steht und fällt mit der Durchsetzung der inneren Reform. Unsere Aufgabe ist dabei auch, eine Balance zwischen den kleinen und den großen Staaten zu finden. Nicht zuletzt darüber, ob einzelne Mitgliedstaaten sich künftig im Rahmen der EU und ihrer Institutionen zu einer engeren Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen zusammenfinden können, muss jetzt entschieden werden. Eine verstärkte Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten ist grundsätzlich zu begrüßen. Diese darf aber nicht außerhalb der Gemeinschaftsverfahren stattfinden. Das heißt, die Kommission und das Europäische Parlament müssen an der verstärkten Zusammenarbeit umfassend beteiligt sein. Auch müssen die Mitgliedstaaten, die zunächst nicht an der verstärkten Zusammenarbeit teilnehmen, sich jederzeit anschließen können. In einer EU mit über zwanzig Mitgliedstaaten bedarf es der Flexibilität, jedoch nicht in Form des Alleingangs einzelner Gemeinschaftsmitglieder, denn Europa muss auch in Zukunft ein Gemeinschaftseuropa mit gemeinsamen Institutionen bleiben. Es darf nicht zu einem Europa werden, das sich auf die bloße Regierungszusammenarbeit einzelner Teilnehmerstaaten beschränkt. Weitere Voraussetzung für die erfolgreiche Erweiterung der EU ist, dass die Beitrittskandidaten die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Diese sind: eine stabile Demokratie, die Einhaltung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit sowie die soziale und ökologische Marktwirtschaft.

### **Herausforderungen und Chancen**

Vor allem in den Bereichen der Agrar- und Umweltpolitik sowie bei der Freizügigkeit von Arbeitnehmern geht es außerdem darum, Regelungen zu treffen, die einen

fließenden Übergang der Beitrittsländer in die Europäische Union gewährleisten.

Die erfolgreiche Verhandlung der *left-overs* auf dem Gipfel in Nizza ist Grundlage für die Erweiterungsfähigkeit der EU. Sie darf aber nicht gleichzeitig den Abschluss des inneren Reformprozesses der EU bedeuten. Der Gipfel muss vielmehr Arbeitsaufträge für eine weitere Konferenz geben. Schon heute liegen die dringendsten Aufgaben im Rahmen des weiter gehenden Reformprozesses auf der Hand. Wir sollten in der EU im Rahmen eines Verfassungsvertrages zu einer klaren Kompetenzabgrenzung der Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene kommen, denn nicht jedes Problem in Europa ist auch ein Problem für Europa. Allerdings muss auch hier eine hinreichende Flexibilität gesichert sein, damit die Kompetenzverteilung, wenn nötig, an die bestehenden Bedürfnisse angepasst werden kann. Außerdem muss die Parlamentarisierung der Union weiter gestärkt werden. Das Ergebnis der Europawahlen sollte sich in Zukunft sowohl in der Wahl des Kommissionspräsidenten als auch in der Zusammensetzung der Kommission widerspiegeln. Der Präsident sollte künftig durch das Europäische Parlament und nicht wie bisher durch die im Europäischen Rat versammelten Staats- und Regierungschefs bestimmt werden. Bei einer solchen Neugestaltung und damit Stärkung der Europäischen Kommission als Exekutive der EU könnte der Vorschlag im Hinblick auf ein Rotationsverfahren, das heißt, dass nicht immer jedes Mitgliedsland einen Kommissar stellt, verwirklicht werden.

Auch den Mangel an Transparenz im Ministrat sollte nicht länger hingenommen werden. Entscheidungen des Ministerrates sollten künftig nicht mehr hinter verschlosse-

nen Türen stattfinden. Im Zuge der Transparenz muss der Rat bei Gesetzgebungsentscheidungen dazu übergehen, öffentlich zu tagen. Des Weiteren sollte der zeitliche Rahmen, in welchem die Parlamente der Mitgliedstaaten über die Kontrolle ihrer Regierungen Einfluss auf die im Rat zu treffenden Entscheidungen ausüben können, vergrößert werden. Dies hat indessen nichts zu tun mit dem in letzter Zeit viel diskutierten Vorschlag der Einrichtung einer zweiten Kammer in der EU, bestehend aus nationalen Abgeordneten. Dieses lehnt die EVP/ED-Fraktion ab. Eine solche Kammer würde die dringend notwendige sachliche Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und den nationalen Parlamenten personell unterlaufen.

Wichtig ist, dass Europa für die Bürger positiv erlebbar wird. Dazu gehört auch, dass sich aus der Unionsbürgerschaft für die Menschen ein spürbarer Mehrwert ergibt. Dies wird zum einen durch die Einführung der Euro-Banknoten am 1. Januar 2002 geschehen, denn der Wegfall des Geldumtauschs wird das Reisen innerhalb Europas nicht nur noch mehr erleichtern, sondern auch preiswerter machen. Außerdem wird die in diesem Jahr unter dem Vorsitz von Altbundespräsident Roman Herzog erarbeitete Europäische Grundrechtecharta, die nun auf dem Gipfel in Nizza feierlich proklamiert wird, einen entscheidenden Beitrag auf diesem Wege leisten. Die EVP/ED-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Grundrechtecharta auch vertraglich verankert wird und rechtsverbindlichen Charakter bekommt, damit die Unionsbürger ihre Rechte gerichtlich einklagen können. Die vor uns liegende Erweiterung ist eine große Herausforderung, und sie ist eine große Chance für uns alle. Das hat auch Konrad Adenauer gemeint, als er sagte: „Eu-

## **„Europa muss geschaffen werden“**

ropa ist nur möglich, wenn eine Gemeinschaft der europäischen Völker wiederhergestellt wird, in der jedes Volk seinen unersetzlichen Beitrag zur europäischen Wirtschaft und Kultur, zum abendländischen Denken, Dichten und Gestalten liefert.“ Mit der Erweiterung sind Sorgen in der Bevölkerung verbunden vor zunehmender Kriminalität und vor besonderen Belastungen des Arbeitsmarktes. Doch zur europäischen Einigung gibt es keine Alternative. Es besteht die einmalige Gelegenheit, die europäische Wertegemeinschaft zu festigen und damit Europa zu stärken. Auch sollten wir in der Bundesrepublik Deutschland niemals vergessen, dass die deutsche Einheit vor zehn Jahren, am 3. Oktober 1990, nur möglich wurde, weil die Völker Mittel- und Osteuropas in einer friedlichen Revolution den Kommunismus als Staatsideologie besiegten haben.

Die Geschichte lehrt, dass es bei der erfolgreichen Gestaltung politischer Prozesse nicht nur auf die Inhalte ankommt, sondern auch auf die zeitliche Dimension, in deren Rahmen sie ablaufen. Ohne Adenauers beherztes „Ja“ zur Westintegration wäre der Bundesrepublik die zügige Wiederaufnahme in die Gemeinschaft der europäischen demokratischen Staaten versperrt geblieben.

Auch das Fenster zur Vollendung der deutschen Einheit stand nur für kurze Zeit einen Spalt weit offen. Es ist richtig gewesen, nicht erst wirtschaftliche Annäherungsprozesse abzuwarten, bevor die staatliche Einheit besiegelt wurde. Und so ist auch heute bei der Erweiterung der Europäischen Union zu beachten, dass neben der selbstverständlichen Forderung an die Beitrittskandidaten, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, der Beitrittsprozess nicht so lange andauern darf, bis das Fenster zur europäischen Eini-

gung zugeschlagen ist. Damit wäre die Besorgnis der Bürger über die Erweiterung wie etwa der damit verbundenen Freizügigkeit nicht gegenstandslos. Doch wer könnte andererseits zusichern, dass es am Ende eines gescheiterten europäischen Erweiterungsprozesses nicht einen ganz erheblichen Zuwanderungsstrom geben wird, in dem sich die Haltung ausdrücken könnte: Wenn Europa nicht zu uns kommt, dann kommen wir eben nach Europa?

Das Europäische Parlament hat sich vor einigen Wochen auf Initiative der EVP/ED-Fraktion für eine Aufnahme der ersten Beitrittskandidaten ab dem Jahre 2004 ausgesprochen, damit diese die Möglichkeit haben, als gleichberechtigte Teilnehmer des demokratischen und parlamentarischen Europa bereits an den nächsten, ebenfalls in 2004 stattfindenden Europawahlen teilnehmen zu können. Die Europäische Kommission hat sich inzwischen dieser Position angeschlossen.

„Europa muss geschaffen werden“, dieser wie in Stein gemeißelte Satz klingt dem Verfasser des Artikels immer wieder in den Ohren, wenn er die Porträts von Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman in seinen Arbeitszimmern in Brüssel und in Straßburg betrachtet. Auf die Frage hin, wie man ein guter Politiker wird, antwortete Adenauer einmal, man müsse ihre Geschichte studieren. Den Verantwortlichen in der heutigen Bundesregierung sollte zumindest in Erinnerung gerufen werden, was Konrad Adenauer bereits 1954 feststellte: „Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle. Sie ist notwendig für unsere Sicherheit, für unsere Freiheit, für unser Dasein als Nation und als geistig-schöpferische Völkergemeinschaft.“